

Damit könne auf eine nach schweizerischem Recht notwendige Konzessionierung des Flugplatzes verzichtet werden. Verschwiegen wird dabei, dass ein erster Versuch zur Konzessionierung Altenrheins vor bald 10 Jahren am Veto Österreichs kläglich gescheitert war. Durch den Kunstgriff der Neukategorisierung versprechen sich das BAZL und Co. offensichtlich die Umgehung eines weiteren – von vorneherein chancenlosen – Konzessionsgesuches, um an neue Linien- und Charterflugverbindungen zu kommen.

**Zückerchen für Österreich zeigt Wirkung**

Die oben erwähnten Anpassungen erfordern die Änderung des Staatsvertrages und damit die Zustimmung des Vorarlberger Landtages sowie der Republik Österreich. Während sich unsere östlichen Nachbarn bisher immer konsequent und erfolgreich gegen einen Ausbau des Flugbetriebs in Altenrhein gewehrt hatten, um die Bevölkerung ihrer Anrainergemeinden vor Flugemissionen zu schützen, sieht es diesmal anders aus. Man scheint dort plötzlich andere Prioritäten zu verfolgen. So sind die vorliegenden Vorschläge zur künftigen Entwicklung des Flugplatzes in Zusammenarbeit mit Behördenvertretern Vorarlbergs erarbeitet worden. Einen wesentlichen Anteil an diesem Gesinnungswandel dürfte das im Papier erwähnte Versprechen der Schweizer Behörden haben, die Anzahl der extrem störenden Helikopterflüge künftig um jährlich 2000 auf aktuell 2500 zu senken. Ob dieses Zückerchen im Endeffekt zum Erfolg führen wird, darf bezweifelt werden. Auch wenn es fürs erste einmal zum Stillhalten Österreichs gereicht hat.

**Widerstand geplant**

Noch ist der Weg weit und die politischen Hürden zur Anpassung des Staatsvertrages sind hoch. Dies insbesondere in einer Zeit, wo Klimaschutz und die Reduktion der Treibhausgasemissionen immer vordringlicher werden und solche realitätsfremden Ausbauprojekte in der heutigen Zeit nichts mehr zu suchen haben. Dass der geplante Ausbau des Flugbetriebs einmal mehr auf dem Rücken der betroffenen Bevölkerung stattfinden würde, ist ein weiterer Grund, diesem Ansinnen der Flugplatzbetreiberin eine klare Absage zu erteilen. Statt neue Privilegien für die Luftfahrt zu schaffen, müssen die Erhaltung und Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in der Flugplatzregion im Vordergrund stehen, zum Schutz unserer Umwelt und Gesundheit.

*Heinz Grob, Rorschacherberg  
Präsident Aktion gegen Fluglärm AgF*

nem Positionspapier fordert jetzt auch sie eine Nachtflugsperrung von 23 bis 06 Uhr. Diese Kehrtwende ist einerseits der schweizweiten Umweltweltwelle zu verdanken, andererseits dem bevorstehenden Rücktritt des zuständigen Basler SP-Regierungsrates Christoph Brutschin. Er hatte 2011 von seinem fluglärmfreien Wohnort aus den «Ausbau der Tagesrandflüge» gefordert. Damit war er sehr erfolgreich: Der Fluglärm von 23 bis 24 Uhr hat in Allschwil seit 2012 von 37 auf 51 Leq zugenommen und damit den gesetzlichen Grenzwert von 50 Leq überschritten, und die Zahl lauter Nachtflüge über 70 dB ist von 194 auf 1654 pro Jahr gestiegen.

Alle fluglärm betroffenen Gebietskörperschaften um den EAP fordern seit Jahren die Nachtflugsperrung ab 23 Uhr: Die elsässische Agglo St. Louis mit ihren 40 Gemeinden, der südbadische Landkreis Lörrach, der Trinationale Distriktrat mit Südbaden, Elsass und Beiden Basel und das Parlament des Kantons Baselland.

Noch eine gute Nachricht: Die grüne Landrätin und Präsidentin des Schutzverbandes der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen (EuroAirport) wurde neu in den Gemeinderat des grossen Vorortes Binningen gewählt.

Der EAP gerät immer mehr unter Druck wegen des erwähnten Fluglärm-Anstiegs, vor allem in der Nacht. Darauf reagiert der EAP mit einer neuen Lärmstudie, der dritten innerhalb von 10 Jahren. Bis die Studie ausgewertet ist, gewinnt der EAP viel Zeit: Man macht eine Studie, damit man nichts machen muss. Das war schon bei den früheren Studien so.

*Madeleine Göschke-Chiquet, Binningen  
Schutzverband der Bevölkerung  
um den Flughafen Basel-Mülhausen*

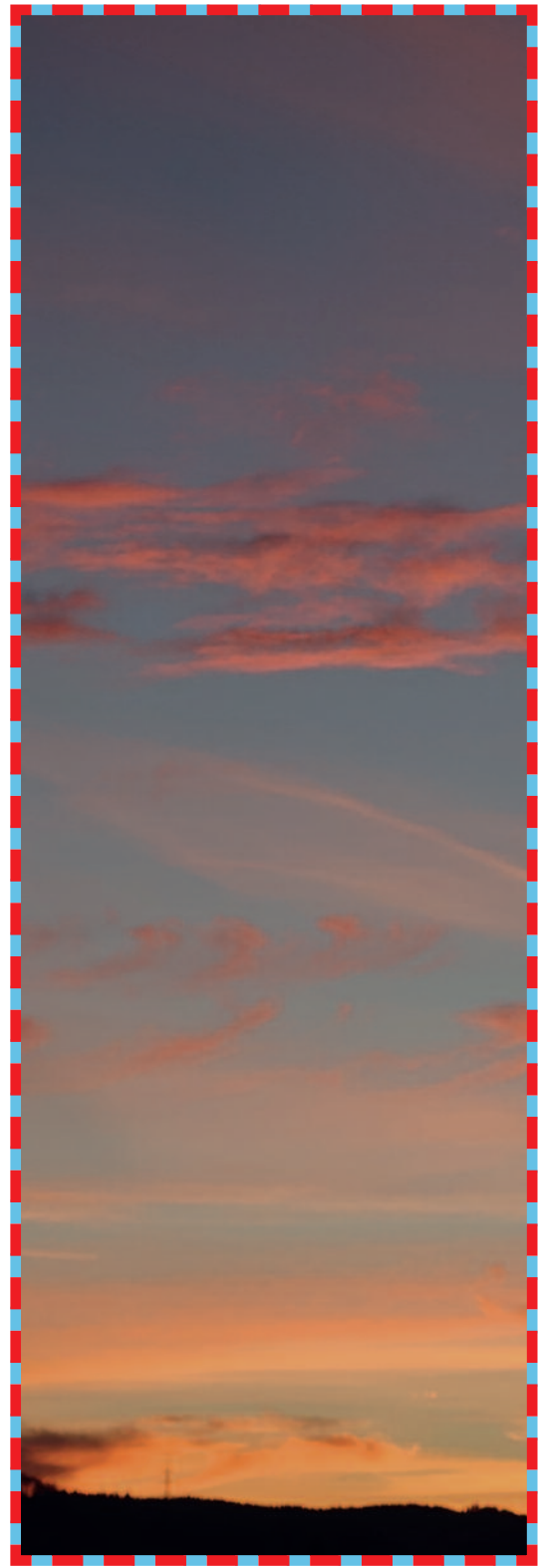
**Basel-EuroAirport**

**Morgenröte am Basler Himmel?**

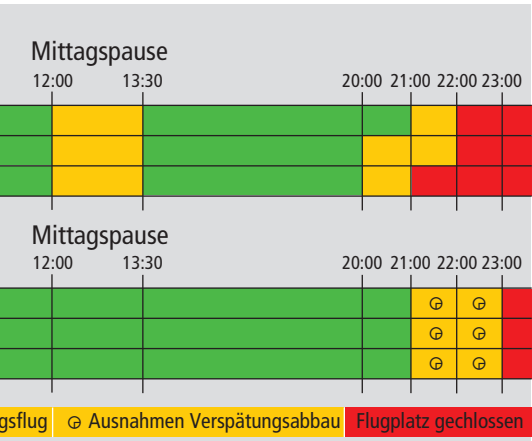
Für einmal haben wir Hoffnungsvolles zu berichten.

Die Grünen Baselland haben eine Volkssinitiative gestartet, welche sinngemäss Folgendes fordert: Die Verlängerung der Nachtflugsperrung auf 23 bis 06 Uhr (bisher 24 bis 05 Uhr) wie in Zürich, die Plafonierung der jährlichen Flugbewegungen auf 100'000 (bisher rund 97'000), keine kantonalen finanziellen Mittel für umweltbelastenden Flugverkehr, Rückverlegung der Südstartkurven vom Schweizer Territorium an die Landesgrenze, Beschränkung der über Schweizer Gebiet führenden Südlandungen auf acht Prozent, keine überproportionale Zunahme des Frachtverkehrs, und die Überprüfung der Messdaten des EuroAirport durch eine EAP-unabhängige Fachstelle. Diese Vorgaben sollen auch als Handlungsanweisung für die zwei Vertreter des Kantons Baselland im Verwaltungsrat des EuroAirport (EAP) gelten.

Die SP Basel-Stadt hat als grösste Partei des Kantons ihre Flughafenpolitik geändert. In ei-



s gestrichen und die  
len (siehe Grafik).



Gönnerinnen-/Gönnerbeitrag auf  
PC Konto 80-64803-5  
**Vielen Dank für Ihre Spende.**